

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

39. Jahrgang / 46

6. März 1984

Christine Schmarsow, Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), zum Internationalen Frauentag: Der Kampf der Frauen für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Seite 1

Dr. Katharina Focke MdEP, SPD-Spitzenkandidatin für die Europa-Wahl 1984, zu Genschers Türkei-Reise: Keine Blankschecks für die Machthaber in Ankara. Seite 5

Alfred Salzer, Pressesprecher der SPD Hessen-Süd, zum Zensur-Verlangen der hessischen CDU: Der hessische Rundfunk im Visier der Union. Seite 6

Der Kampf der Frauen für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit

Zur Tradition des Internationalen Frauentages

Von Christine Schmarsow  
Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Der Internationale Frauentag, der am 8. März begangen wird, hat eine über 70jährige Tradition in der Frauenarbeit der Sozialdemokratischen Partei.

Gleichzeitig mit dänischen, österreichischen, schweizerischen und amerikanischen Frauen feierten deutsche Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen den ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911.

Auf dem im selben Jahr abgehaltenen Parteitag der SPD berichtete Luise Zietz, die erste Frau im Parteivorstand der SPD, über dieses Ereignis: "Ihren Höhepunkt erreichte unsere Agitation in dem glänzend gelungenen Ersten Sozialdemokratischen Frauentag am 19. März dieses Jahres. Das war nicht nur eine Kundgebung zugunsten des vollen Bürgerrechts der Frau, sondern vor allem wurde die alte sozialdemokratische Programmforderung mitten in den Vordergrund des Interesses gerückt, und die Frauen selbst sind die Träger dieser Forderung gewesen. Ein eigenes Flugblatt wurde in zweieinhalb Millionen Exemplaren verbreitet und die 'Gleichheit' hat ein eigenes Wahlrechtsflugblatt mit Beiträgen bekannter Genossinnen des In- und Auslandes herausgegeben. In manchen Orten wurden hunderte neue Mitglieder am Frauentag gewonnen. Für die Zukunft muß die Mitgliederaufnahme noch besser organisiert werden. Der Frauentag hat gezeigt, daß die Frauen politisch reif geworden sind, er hat auch das Vertrauen der Frauenwelt in die Sozialdemokratie gestärkt...".

Beschlossen wurde die Einführung eines Internationalen Frauentages mit einem einstimmig angenommenen Antrag von

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Vertrieben durch  
mit wertvoller Rohstoff  
Recycling-Papier



Clara Zetkin, Käthe Dunker und Genossinnen auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen. Der Antrag lautete: "Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten."

Im Mittelpunkt des Aufrufes für den 19. März 1911 stand der Kampf für das Frauenwahlrecht. Es wurde verstanden als Angelpunkt für die Gleichberechtigung der Frauen und für die Schaffung menschenwürdiger Sozialverhältnisse in Frieden und Freiheit. Von Anfang an also wurde der Internationale Frauentag gesehen als ein Tag für die Frauen, aber auch als ein Tag, an dem der Beitrag der Frauen für eine sozial gerechte Gesellschaft hervorgehoben werden sollte.

In der sozialdemokratischen Tradition war der Internationale Frauentag nie auf einen bestimmten Termin festgelegt. Das erste Datum, der 19. März 1911, war dem Gedenken an die Rolle der Frauen in der März-Revolution 1848 gewidmet. Erst später bildete sich der 8. März als das Datum für den Internationalen Frauentag heraus. Dafür gibt es zwei historische Bezugspunkte:

- Am 8. März 1857 fand der erste Protestmarsch amerikanischer Industriearbeiterinnen in New York gegen Hunger- und Elendslöhne und für menschenwürdige Verhältnisse und Gleichberechtigung statt. Er stand unter dem Motto: "Wir wollen Brot und Rosen."
- Am 8. März 1917 demonstrierten Petersburger Arbeiterinnen gegen ihre Arbeitsverhältnisse, gegen die zaristische Herrschaft und gegen den Krieg unter dem Motto: "Frieden und Brot."

In der Sozialdemokratie wurde und wird der Internationale Frauentag immer zu wechselnden Terminen gefeiert, allerdings immer im Frühjahr. Je nach den politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten fand er vom Februar bis in den Mai hinein statt. Dies entsprach auch den Vorstellungen der Begründerinnen. Der Internationale Tag der Frauen sollte eingepaßt sein in die jeweilige politische Situation, in Wahlkämpfe, in Mitgliederwerbungsaktionen, in politische Kampagnen.

Es ist deshalb kein Bruch mit der Tradition, sondern im Gegenteil ihre Fortsetzung, wenn 1984 die Veranstaltungen der sozialdemokratischen Frauen zum Internationalen Frauentag in den Zusammenhang mit dem Wahlkampf zur Wahl des Zweiten Europäischen Parlamentes gestellt werden.

Den spärlichen Dokumenten über den Internationalen Frauentag in den wenigen Jahren bis zum Ersten Weltkrieg und danach in den Jahren der Weimarer Republik ist zu entnehmen, daß er genutzt wurde zur Mobilisierung der Frauen im nationalen Rahmen und über die Grenzen hinweg für Frieden, Abrüstung und den Ausbau der Rechte wie auch des Sozialschutzes von Frauen.

1930 stand der Internationale Frauentag unter dem Motto: "Die Frauen und der Sozialismus", als Erinnerung an das damals 50 Jahre alte Buch von August Bebel. 1931 - und dies war der letzte Frauentag vor Beginn der Nazi-Herrschaft - lautete das Motto: "Gegen Krieg und Nazi-Terror - für Sozialismus und Frieden."



1947 fanden erstmals wieder Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag statt, 1948 unter dem Motto: "Durch Sozialismus zum Frieden." Bis zum Beginn der 60er Jahre standen im inhaltlichen Mittelpunkt der jährlichen Veranstaltungen der Kampf gegen das Wettrüsten, gegen die Atombedrohung und für einen Frieden in Freiheit und Verständigung.

Ab Anfang der 60er Jahre ist schon an den zentralen Slogans ein Wandel der politischen Zielrichtung der Veranstaltungen erkennbar - ein Wandel, der ein Spiegelbild der sozialdemokratischen Politik der damaligen Zeit war. 1959 gaben sich die sozialdemokratischen Frauen das Motto: "Für eine glückliche Welt", 1960 hieß es "Glücklicher Leben in einer freien Welt", und 1961 wurde schlicht der Wahlkampfslogan "Wir sind eine Familie" wiederholt. Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag wurden bis zum Beginn der 80er Jahre auf regionaler Ebene fortgeführt, sie hatten aber im wesentlichen keine bundesweite Bedeutung.

Die Formen der Veranstaltungen sind immer sehr unterschiedlich gewesen: "Kundgebungen, Saalveranstaltungen, internationale Begegnungen, Grenzlandtreffen.

Im Jahre 1982 veranstaltete der AsF-Bundesvorstand erstmals wieder eine bundesweite, zentrale Feier zum Internationalen Frauentag. Sie fand in Essen unter dem Motto: "Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter" statt. Es folgte 1983 die zentrale Veranstaltung in Hagen unter dem Motto: "Frauenrechte gleich Menschenrechte", und 1984 wird die zentrale Veranstaltung am 10. März in Köln unter dem Motto: "Mehrheit an die Macht - Frauen aufgewacht" in Zusammenhang mit der Vorphase des Europawahlkampfes und am Wohnort der sozialdemokratischen Spitzenkandidatin für die Europawahl stattfinden. Daneben sind - in fast allen SPD-Bezirken - 18 regionale Veranstaltungen vorgesehen.

Der kurze historische Rückblick zeigt schon deutlich, daß der Internationale Frauentag heute so aktuell ist wie eh und je: Das Frauenwahlrecht haben wir zwar erreicht, auch das Gleichberechtigungsgebot im Artikel 3 des Grundgesetzes; aber von der sozialen, alltäglichen Gleichberechtigung der Frauen sind wir noch weit entfernt. Und in Westeuropa leben wir seit Jahrzehnten ohne Krieg, aber keineswegs in einer friedlichen Welt.

Alle politische Erfahrung zeigt, daß äußerer und innerer Frieden zusammengehören. Es gibt keine Alternative im Eintreten der Frauen für den Frieden und für die Gleichberechtigung. Die volle soziale Gleichstellung der Frauen ist für beides Voraussetzung und Folge zugleich. Ohne die Beteiligung der Frauen wäre die Friedensbewegung nicht denkbar, aber ohne die Beteiligung der Frauen sind auch stabile und demokratische Sozialverhältnisse nicht herstellbar, die Voraussetzung für Frieden, Abrüstung und Verständigung sind.

Heute steht vieles von dem, was in den 70er Jahren unter sozialdemokratischer Regierungsführung für Frauen und von Frauen erreicht wurde, auf dem Spiel: Das betrifft nicht nur gesetzlich verbriefte Rechte und Leistungen, sondern auch ein geistig-politisch-moralisches Klima, das Voraussetzung ist, um demokratische und soziale Rechte für Frauen zu erhalten und durchzusetzen.



Der Sozialabbau der konservativen Regierung und der sie tragenden parlamentarischen Mehrheiten trifft zuerst und überall die Frauen: Schülerinnen und Rentnerinnen, Berufsfrauen und Familienfrauen, Mütter und Sozialhilfeempfängerinnen. Frauen in Schwangerschaftskonflikten sehen sich in wachsendem Maße unglaublichen Diffamierungen gegenüber; zugleich werden ihnen halbherzige und die eigentliche Probleme verschleiernde Hilfsangebote gemacht, wie zum Beispiel die Stiftung "Mutter und Kind".

Die Möglichkeiten, ihr Recht auf bezahlte Arbeit wahrzunehmen, werden für Frauen zunehmend ausgehöhlt. Markante Beispiele dafür sind die Doppelverdiener-Diskussionen, die Strategie, Gleichstellung durch Anpassung an die schlechteren arbeitsschutzrechtlichen Regelungen für Männer herzustellen, sowie die "Flexibilisierungsstrategien", durch die von Arbeitgeberseite versucht wird, Frauen vollends ins arbeitsmarktpolitische Abseits zu drängen.

Der Internationale Frauentag heute muß den Protest der Frauen gegen den Abbau erkämpfter Rechte und für den Ausbau der Gleichberechtigung hörbar machen. Der gegenwärtig zentrale Ansatzpunkt ist die Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, zur Humanisierung der Arbeitswelt und - aus unserer Sicht als Frauen - zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Schon der Aufruf zum 19. März 1911 enthielt, wenn auch vor dem Hintergrund weit ungünstigerer Arbeitsverhältnisse, die Feststellung: "Die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ist ohne Zweifel notwendiger für die erwerbstätige Frau als für den Mann." Das Recht auf Teilhabe an bezahlter Arbeit kann für Frauen heute nur durch eine Umverteilung der Erwerbsarbeit gesichert und ausgebaut werden, und dies bedeutet angesichts der gegenwärtigen und durch die Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien noch wachsenden Arbeitslosigkeit: Arbeitszeitverkürzung.

Unser Einsatz für sozial gerechte Lebens- und Arbeitsverhältnisse, für Frauen wie für Männer, und unser Kampf für Abrüstung, für Beendigung des Wettrüstens gehören zusammen. Der insgesamt verfügbare gesellschaftliche Reichtum kann nur einmal ausgegeben werden. Für mehr Waffen oder für "Brot und Rosen".

Unsere Entscheidung ist klar: Wir wollen Abrüstung, mehr soziale Gerechtigkeit, ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und ohne Angst und die Gleichberechtigung der Frauen - bei uns und in aller Welt.

(-/6.3.1984/ks/rs)

+ + +



### Keine Zeit für Vorschußlorbeeren

Genscher muß in der Türkei die Übel beim Namen nennen

Von Dr. Katharina Focke MdEP

SPD-Spitzenkandidatin für die Europa-Wahl 1984

Wenn Bundesaußenminister Genscher am Dienstag die Türkei besucht, besteht die Gefahr, daß er sich über die Situation dort täuschen läßt, weil er sich gern täuschen lassen will. In Bonn ließ er zur Einstimmung verlauten, er wolle in Ankara seine Befriedigung darüber äußern, daß die Demokratisierung seit November 1983 Fortschritte mache. Gegenüber diesen Vorschußlorbeeren, die Genscher bereits 1983 mit einer Wirtschaftshilfe von 130 Millionen DM dekoriert hat, ist Skepsis geboten: Das Veranstellen von Wahlen allein ist kein Nachweis für den demokratischen Charakter einer Gesellschaft. Bundesaußenminister Genscher sollte in Ankara deshalb nicht Süßholz raspeeln, sondern die Übel beim Namen nennen und die Finger in die Wunden legen, die die türkischen Demokraten schmerzen und unsere Solidarität verlangen:

- o Die Machthaber haben gerade erst wieder das Kriegsrecht um weitere vier Monate verlängert. Von diesem Mißstand lenkt auch die Nachricht nicht ab, daß in 13 von 67 Provinzen das Kriegsrecht aufgehoben worden sei; denn in acht dieser 13 Provinzen wurde stattdessen der Ausnahmezustand eingeführt.
- o Noch immer darben in den türkischen Gefängnissen über 25 000 politische Gefangene. Ihnen wird ein Zivilprozeß verweigert. Gegen die Regeln der Europäischen Menschenrechtskonvention werden sie Militärprozessen unterworfen.
- o Wer im November 1983 hoffte, daß das Kriegsrechts-Parlament seine Souveränität mit einer Amnestie beweisen werde, wurde inzwischen von der angeblich militär-unabhängigen Regierungspartei des Ministerpräsidenten Özal bitter enttäuscht: Nur einige Oppositionspolitiker haben sich für eine Voll- oder Teilamnestie eingesetzt. Erfolgt, denn die Militärs haben per Verfassung eine umfassende Amnestie verboten.
- o Es gibt auch keine Fortschritte für die Pressefreiheit: Über zahlreiche wichtige Themen darf kein Wort veröffentlicht werden. Dazu gehört die Frage der Amnestie, über die nur Zitate aus Parlamentsdebatten gedruckt werden dürfen.
- o Die Gewerkschaftsrechte sind noch immer nicht wieder hergestellt. Über 60 DISK-Gewerkschaftsführern wird seit Monaten der Prozeß in einer Verfahrensweise gemacht, die den Normen eines Rechtsstaates Hohn spricht. Gewerkschaftsfunktionäre dürfen sich auch nicht politisch betätigen.
- o Über hundert Politiker, die vor dem Militärputsch Verantwortung trugen, sind noch immer vom politischen Leben ausgeschlossen.

Die Sozialdemokraten lehnen Vertrauenserklärungen für ein Regime ab, das bislang noch jeden Beweis demokratischer Glaubwürdigkeit und Rechtsstaatlichkeit schuldig geblieben ist.

Bundesaußenminister Genscher muß sich hüten, erneut Blanko-Schecks für die türkischen Machthaber auszustellen. Bereits die Gewährung der Bonner Wirtschaftshilfe im vergangenen Jahr hat sich unter dem Gesichtspunkt der Redemokratisierung als Fehler erwiesen, weil alle Wahlen in der Türkei solange eine Farce bleiben, wie die politischen Prozesse fortgesetzt, die Gewerkschafter und Journalisten rechtlos gehalten und die Politiker der 70er Jahre nicht rehabilitiert werden. Der Bundesaußenminister muß in Ankara seinen Einfluß geltend machen, damit es zu nachprüfbaren Verbesserungen der Situation kommt. Sie wären auch die Voraussetzung für eine Neuformulierung der Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der türkischen Regierung.

(-/6.3.1984/eh/rs)

+ + +

**Hessischer Rundfunk im Visier der CDU****Landesgeschäftsführer Kanther will die Vorzensur**

Von Adolf Salzer

Pressesprecher der SPD Hessen-Süd

Die Union will die Medien in den Griff bekommen, koste es, was es wolle. Klar doch, schließlich ist sie - von Frau Noelle-Neumann nachdrücklich darin bestärkt - der Überzeugung, daß Wahlen vor allem auf dem Bildschirm entschieden werden. Und da sie in den Fernsehanstalten ein Übermaß an Linksredakteuren und ähnlichen Mannschaftsteilen der fünften Kolonne Moskaus geortet hat, widmet sie sich seit Monaten mit Vorliebe der Medienwende - mit ungleich stürmischerem Elan als beispielsweise dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ihre machtpolitischen Ziele steuern die Rechtsregierungen in Bund und Ländern auf zwei Schienen an. Zum einen betreiben sie mit Unterstützung der Medienkonzerne (aber auch der hessischen Zeitungsverleger, die den Anschluß nicht verpassen wollen) die Einführung privaten und kommerziellen Hörfunks und Fernsehens. Darüber vergessen sie aber keineswegs ihre klassische Methode, sich die Medien gefügig zu machen: Druck auf die Medienschaffenden selbst. Die konservative Presse geht ihnen dabei tatkräftig zur Hand, voran die "Frankfurter Allgemeine", die nicht müde wird, am Hessischen Rundfunk (HR) zu rügen, daß "gehäuft Länder wie Nicaragua, Guatemala, Argentinien oder Chile" erwähnt werden, ferner bei unbequemen Rundfunkjournalisten "näselnde Stimme" und "zischendes Gebiß" zu registrieren und zahlreiche "Bildschirmkasperln" zu entdecken, "die danach gieren, ihren Kopf vorzuzeigen".

Alle Einschüchterungsversuche, so auch die immer mal wieder auflebende "Rotfunk"-Kampagne der Hessen-CDU, haben offenbar nicht in dem erwünschten Maß kritische HR-Geister zum Schweigen gebracht. CDU-Landesgeschäftsführer Manfred Kanther, einer von zwei Vertretern seiner Partei im Rundfunkrat des Frankfurter Senders, greift jedenfalls nach neuen Daumenschrauben. Haben bisher die bereits gesendeten Beiträge den Unmut der Konservativen erregt und den Programmachern Schelte eingetragen, so soll es künftig erst gar nicht so weit kommen. Geht es nach Kanther, dann bekommt der Rundfunkrat demnächst die Sendebeiträge noch vor ihrer Ausstrahlung vorgelegt, zur Vorzensur.

Was dann noch übrig bleibt von dem auch für den HR verbindlichen Grundsatz, daß "Nachrichten und Kommentare, Unterhaltung, Bildung und Belehrung, Gottesdienst und Erbauung" in "voller Unabhängigkeit" und "überparteilich" zu vermitteln sind - keine Frage! Die Unionsparteien haben gerade auch in den Rundfunkanstalten hinreichend Anschauungsmaterial dafür geliefert, wie unbekümmert sie die im Grundgesetz geforderte Informations- und Meinungsfreiheit links liegen lassen, wenn sie ihre Kreise gestört sehen. Auch kritische Journalisten mit CDU-Parteibuch bekommen das zu spüren, wie der "Fall Franz Alt" vor Augen geführt hat.

In der Bertramstraße 8 reagiert man noch unsicher auf den neuen Vorstoß des CDU-Landesgeschäftsführers. Nicht so in der südhessischen SPD. Deren medienpolitischer Sprecher, der gleichfalls dem HR-Rundfunkrat angehörende Landtagsabgeordnete Gert Lütgert, warnt vor einer "Verwischung der Gestaltungsbefugnis des Intendanten und der Kontrollbefugnis des Rundfunkrats". Würde sich Kanther durchsetzen, dann - so Lütgert - "müßte der Rundfunkrat eine Gestaltung im nachhinein kontrollieren, an der er vorher beteiligt war - sicher alles andere als eine Idealvorstellung von Verantwortung und Kontrolle". Und die CDU hätte die lange ersehnte Chance, jede ihr unangenehme Sendung zu verhindern. Lütgert: "Vorzensur in Reinkultur. Von uns kommt ein klares Nein."

(-/6.3.1984/ks/rs)

+ + +

